

Forderungspapier des Kreiselteraternrates Dresden an die Doppelhaushalte 2027/2028 der Landeshauptstadt Dresden und des Freistaates Sachsen

Beschlussvorlage für die Vollversammlung des Kreiselteraternrates Dresden am 15. April 2026

Präambel

Der Kreiselteraternrat Dresden vertritt die Interessen der Eltern aller Schularten in Dresden. Für die Aufstellung der Doppelhaushalte 2027/2028 der Landeshauptstadt Dresden und des Freistaates Sachsen fordert der Kreiselteraternrat eine bedarfsgerechte, verlässliche und langfristig orientierte Finanzierung der schulischen Bildung.

Schulen sind zentrale Orte für Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Investitionen in Bildung sind daher keine freiwilligen Leistungen, sondern eine grundlegende staatliche Aufgabe.

Die aktuellen Herausforderungen – Sanierungsstau, Lehrkräftemangel, eine sich in ihren Lernvoraussetzungen wie Sozialkompetenzen stark verändernde Schülerschaft, der verpflichtende Ausbau der Inklusion, Digitalisierung und Ganztagsangebote sowie die Folgen des Klimawandels – erfordern eine klare politische Schwerpunktsetzung zugunsten von Bildung und Schule.

Schulische Infrastruktur nachhaltig sichern

Der Sanierungsstau an Dresdner Schulen ist weiterhin erheblich. Die Investitionen der vergangenen Jahre haben wichtige Fortschritte ermöglicht, reichen jedoch nicht aus, um den bestehenden Bedarf in angemessener Zeit zu decken. Verzögerte Sanierungen führen zu steigenden Baukosten, Nutzungseinschränkungen und zusätzlichen Belastungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte.

Die Bau- und Sanierungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden zeigt deutlich, dass ohne zusätzliche Investitionen eine nachhaltige Sicherung der schulischen Infrastruktur nicht

möglich ist. Sinkende Schülerzahlen werden den Investitionsbedarf nicht automatisch reduzieren, da viele Gebäude jahrelang über der Bedarfsplanung belegt waren und unabhängig von der Auslastung einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen.

Eine langfristig angelegte Investitionsstrategie ist notwendig, um Planungssicherheit zu schaffen und den Bildungsstandort Dresden dauerhaft zu stärken.

Forderungen

- Investitionen in die schulische Infrastruktur in Höhe von jährlich 200 Mio. EUR bis 2040
- Ersatzneubauten mit besonderer Priorität:
 - o Universitätsgemeinschaftsschule
 - o Gymnasium Bertolt-Brecht
 - o 101. Oberschule auf der „Cockerwiese“
 - o Turnhalle 30. Grundschule „Am Hechtpark“
 - o Förderschule Marienberger Straße
 - o Erweiterungsbau Gemeinschaftsschule Campus Cordis
- ausreichende Mittel für Instandhaltung und Havarieprävention sowie Brandschutzmaßnahmen
- Umsetzung der Bau- und Sanierungsstrategie im Best-Case-Szenario
- langfristige Sicherstellung planbarer Investitionspfade

Hitzeschutz an Schulen verbessern

Die Auswirkungen des Klimawandels sind zunehmend auch im Schulalltag spürbar. Überhitzte Klassenräume führen zu erheblichen Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs und beeinträchtigen die Lern- und Arbeitsbedingungen nachhaltig. Hitzeschutz ist sowohl bei Neubauten als auch bei Bestandsgebäuden stärker zu berücksichtigen. Ohne gezielte Investitionen drohen künftig vermehrt Unterrichtsausfälle und gesundheitliche Belastungen für Schülerinnen und Schüler sowie schulisches Personal.

Forderungen

- Sofortprogramm Hitzeschutz für Dresdner Schulen
- systematische Erfassung betroffener Unterrichtsräume
- Investitionen in Verschattung, Belüftung und baulichen Hitzeschutz
- Priorisierung stark genutzter Räume
- verbindliche Berücksichtigung von Hitzeschutz bei Neubauten und Sanierungen

Schulbudgets und Lernbedingungen sichern

Kürzungen der vergangenen Jahre sowie haushaltsbedingte Einschränkungen gefährden die Qualität schulischer Ausstattung. Bildungsgerechtigkeit darf nicht davon abhängen, wie

stark Fördervereine unterstützen können oder welche finanziellen Möglichkeiten Eltern haben.

Schulen benötigen verlässliche Budgets, um Lernmittel bereitzustellen, Projekte durchzuführen und pädagogische Qualität zu sichern.

Forderungen

- deutliche Erhöhung der Schulbudgets
- ausreichende Mittel für Lehr- und Lernmaterialien
- Finanzierung von Projekten zur Demokratiebildung und Prävention
- Sicherstellung einheitlicher Mindeststandards bei der Ausstattung

Digitalisierung zukunftssicher gestalten

Die digitale Infrastruktur an Schulen wurde in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Die langfristige Sicherstellung von Wartung, Ersatzbeschaffung und Weiterentwicklung ist jedoch bislang nicht ausreichend abgesichert.

Digitale Souveränität und der Einsatz datenschutzkonformer Anwendungen und Software-Umgebungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Schulen benötigen außerdem verlässliche technische Rahmenbedingungen, ohne dass zusätzliche Belastungen für Lehrkräfte entstehen.

Forderungen

- langfristige Finanzierung von Wartung, Administration und Ersatzbeschaffung
- Nutzung datenschutzkonformer digitaler Systeme
- stärkere Nutzung von Open-Source-Lösungen
- zentrale Administration zur Entlastung der Schulen
- nachhaltige kommunale Finanzierung digitaler Infrastruktur

Personelle Ausstattung von Schulen stärken

Der Fachkräftemangel stellt Schulen weiterhin vor große Herausforderungen. Gleichzeitig eröffnen sinkende Schülerzahlen die Chance, bestehende Defizite in der personellen Ausstattung zu reduzieren und die Qualität des Bildungssystems nachhaltig zu verbessern. Eine Reduzierung von Lehrkräftestellen würde die bestehenden Herausforderungen weiter verschärfen und notwendige Qualitätsverbesserungen verhindern.

Forderungen

- kein Abbau von Lehrkräftestellen im Freistaat Sachsen
- Verbesserung der Lehrkräfteversorgung in Dresden
- langfristige Personalstrategie für Schulen

- Anpassung der Lehrkräfteausbildung an aktuelle Anforderungen

Schulsozialarbeit sichern und flächendeckend ausbauen

Schulsozialarbeit ist ein zentraler Bestandteil moderner Schulentwicklung. Sie stärkt Prävention, unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und trägt wesentlich zu einem positiven Schulklima bei. Der Bedarf an verlässlicher sozialpädagogischer Begleitung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Forderungen

- mindestens eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit an jeder Schule
- Ausbau des Landesprogramms Schulsozialarbeit
- langfristige Finanzierung durch Land und Kommune
- Sicherstellung stabiler Beschäftigungsverhältnisse

Schulorganisation durch multiprofessionelle Teams stärken

Die Anforderungen an Schulen haben sich deutlich verändert. Neben der Wissensvermittlung müssen Schulen zunehmend soziale, integrative und organisatorische Aufgaben übernehmen.

Multiprofessionelle Teams leisten einen wichtigen Beitrag zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern und zur Entlastung von Lehrkräften.

Forderungen

- mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, auch an Regelschulen
- mehr Integrationshelferinnen und Integrationshelfer
- pädagogische Schulassistenzen
- stärkere Unterstützung bei Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie
- verbindliche thematische Fortbildungsangebote für Lehrkräfte

Schulverwaltungsstrukturen modernisieren

Lehrkräfte und Schulleitungen übernehmen zunehmend organisatorische Aufgaben, die nicht unmittelbar mit Unterricht verbunden sind. Dies führt zu zusätzlicher Belastung und reduziert die Zeit für pädagogische Arbeit. Professionelle Unterstützungsstrukturen können Schulen wirksam entlasten.

Forderungen

- Schulverwaltungsassistenzen an allen Schulen
- voll ausgestattete Schulsekretariate
- klare Aufgabenverteilung
- dauerhafte Finanzierung im Landeshaushalt

Inklusion und Förderung verlässlich ausgestalten

Familien von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen verlässliche Unterstützungsangebote, vor allem im Bereich der Nachmittags- und Ferienbetreuung. Insbesondere an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung bestehen Versorgungslücken, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich erschweren.

Zudem sind alle Schulen explizit in ihrer inklusiven Arbeit hinsichtlich deren Auf- und Ausbau sowie Verstetigung adäquat personell, sachlich und finanziell zu unterstützen. Inklusion ist als Grundanspruch an Schulen zu verstehen.

Forderungen für Förderschulen sowie inklusive Beschulung

- Betreuungsangebote analog zum Hort-Modell der Grundschulen unabhängig vom Förderschwerpunkt mindestens bis Klassenstufe 6
- verlässliche Finanzierung von Ferienbetreuung und entsprechendem Fahrdienst für alle Förderschwerpunkte mindestens bis Klassenstufe 6
- Sicherstellung notwendiger Assistenzleistungen pflegerischer und pädagogischer Profession
- Ausbau inklusiver Unterstützungsstrukturen an Schulen in öffentlicher Trägerschaft in Form personeller (Inklusionsassistenzen, ausgebaute Beratungsstrukturen für Lehrkräfte), inhaltlicher (Nutzung langjähriger positiver Erfahrungen und Schaffung von Übertragungsmöglichkeiten), räumlicher & ausstattungstechnischer sowie finanzieller Art (zusätzliches Budget für sonderpädagogisches Fördermaterial, Fortbildungen)

Gemeinschaftsschulen bedarfsgerecht ausbauen

Die Nachfrage nach Schulplätzen an Gemeinschaftsschulen übersteigt weiterhin deutlich das vorhandene Angebot. Gemeinschaftsschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu Chancengerechtigkeit und individueller Förderung durch längeres gemeinsames Lernen. Eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung dieses Schulmodells ist notwendig.

Forderungen

- Einrichtung mindestens einer weiteren Gemeinschaftsschule in Dresden
- langfristige Entwicklungsstrategie für Gemeinschaftsschulen
- Unterstützung durch Land und Schulträger

Schulschwimmen sichern

Schwimmen ist eine grundlegende kulturelle Fähigkeit und Bestandteil schulischer Bildung. Der Zugang zu geeigneten Wasserflächen ist jedoch zunehmend eingeschränkt. Lange Fahrtwege reduzieren Unterrichtszeit und erschweren die Organisation des Schulschwimmens.

Forderungen

- Sicherstellung ausreichender Wasserflächen
- Ersatzneubau Schwimmhalle Klotzsche
- eine zusätzliche Schwimmhalle im Dresdner Norden

Schulwegsicherheit und Mobilität gewährleisten

Sichere Schulwege sind eine Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Schulwege müssen unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel sicher, zuverlässig und bezahlbar sein. Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und Bildungschancen.

Forderungen

- ausreichende Mittel zur Verbesserung der Schulwegsicherheit
- Finanzierung notwendiger Verkehrssicherheitsmaßnahmen
- auskömmliche Finanzierung des Schülerverkehrs
- Sicherstellung der Schülerbeförderung durch ausreichend getakteten Linienbetrieb im öffentlichen Nahverkehr, keine Kürzungen in Takt und Liniennetz
- langfristige Sicherung des Bildungstickets auf aktuellem Preisniveau